Stand: 15.11.2025 06:03:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3592

"Konkretisierung der Planungen für einen Wissenschafts- und Hochschulstandort "Auf AEG""

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/3592 vom 22.10.2014
- 2. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 23.10.2014
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4984 des WK vom 03.12.2014
- 4. Beschluss des Plenums 17/5280 vom 11.02.2015
- 5. Plenarprotokoll Nr. 37 vom 11.02.2015



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.10.2014 Drucksache 17/3592

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konkretisierung der Planungen für einen Wissenschafts- und Hochschulstandort "Auf AEG"

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst sowohl schriftlich als auch mündlich über den aktuellen Stand der Planungen für den Ausbau des Hochschulstandorts "Auf AEG" zu berichten.

Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu bearbeiten:

- Welche Fachbereiche, Lehrstühle, Professuren und Forschungsbereiche von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg (FAU) und der Technischen Hochschule (TH) Nürnberg sollen konkret am Standort "Auf AEG" etabliert werden?
- 2. Welche davon sind Neugründungen, welche werden von ihren jetzigen Standorten verlagert?
- 3. Wie viele Studierende und Lehrende der Technischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg sind aktuell auf die Städte Nürnberg, Erlangen und Fürth verteilt? (detaillierte Auflistung erbeten)
- 4. Wie viele Studierende und Lehrende der Technischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg werden nach Fertigstellung des Hochschulstandorts "Auf AEG" auf die Städte Nürnberg, Erlangen und Fürth verteilt sein? (detaillierte Auflistung erbeten)
- 5. Wie viele Studierende und Lehrende der TH Nürnberg befinden sich momentan am Standort "Auf AEG"? (detaillierte Auflistung erbeten)

- Wie viele Studierende und Lehrende der TH Nürnberg werden nach Fertigstellung des Hochschulstandorts "Auf AEG" dort angesiedelt sein? (detaillierte Auflistung erbeten)
- 7. Welche Gebäude (mit Gebäudenummern) werden von der Staatsregierung für das Grundstockvermögen erworben?
- 8. Mit welchen Kosten für den Erwerb rechnet die Staatsregierung?
- Wie sieht die zeitliche Planung für den Erwerb der Gebäude aus?
- 10. Wie viele Gebäude der zu erwerbenden sind momentan vermietet und an wen?
- 11. Welche Kündigungsfristen hat die Staatsregierung nach dem Erwerb der Gebäude gegenüber dem Mieterbestand einzuhalten?
- 12. Welche konkreten Erschließungs-, Bau- und Umbaumaßnahmen müssen eingeleitet und umgesetzt werden?
- 13. Mit welchen Kosten für die Erschließungs-, Bauund Umbaumaßnahmen rechnet die Staatsregierung?

Begründung:

Bei der gemeinsamen Pressekonferenz der Staatsminister Herrmann, Dr. Söder und Dr. Spaenle mit Prof. Dr. Grüske, Präsident der FAU, am 23. September 2014 wurden neue Aspekte zur Entwicklung des Hochschulstandorts "Auf AEG" bekannt. Der Neuaufbau eines Wissenschaftsstandorts im Nürnberger Westen beinhaltet nicht nur eine hochschulpolitisch enorme Bedeutung, sondern stellt für den Freistaat Bayern auch finanziell eine erhebliche Investition dar. Ein konkretes, finanziell solides Konzept ist deshalb von Nöten.

her gibt es andere Themen, die weniger gewichtig sind als dieses.

Herr Staatsminister, um die Herkunft von Herrn Riegler zu klären: Wir können es ganz präzise machen. Er kommt aus dem gleichen Kreißsaal wie ich. Er ist in Werneck geboren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich fange mit dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3591 an. Bei diesem Antrag geht es nur noch um den Teil I - das ist der längere Teil -, der einen Bericht fordert. Der zweite Teil, der die Staatsregierung zur Prüfung auffordert, ist von den Antragstellern zurückgezogen worden. Wer dem Antrag der FREIEN WÄHLER, so, wie ich ihn gerade gekennzeichnet habe, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREI-WÄHLER und des BÜNDNISSES DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU auf der Drucksache 17/3609. Wer dem die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/3592, 17/3594 und 17/3595 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, teile ich noch das Ergebnis der Abstimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Hanisch betreffend "Endlich Einsatz für Einheimischen-Modelle zeigen!" auf der Drucksache 17/3607 mit: Mit Ja haben 59 gestimmt, mit Nein haben 83 gestimmt. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 a auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (Drs. 17/3337)

- Erste Lesung -

Dieser Gesetzentwurf wird ohne Aussprache an den Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen überwiesen. Wer mit der Überweisung an den zur Federführung vorgeschlagenen Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist dieser Gesetzentwurf dem Ausschuss zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 17/3262) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Das Wort hat Herr Staatssekretär Eisenreich. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir legen einen Gesetzentwurf mit Änderungen des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vor. Ich möchte zunächst einmal damit beginnen, was in dem Gesetzentwurf nicht steht. Das betrifft den Teil, der in den letzten Wochen und Monaten die meisten Diskussionen hervorgerufen hat.

In dem Gesetzentwurf ist nicht das enthalten, was aufgrund eines Urteils des Bundessozialgerichts notwendig ist. Infolge dieses Urteils leisten die Bezirke im Wege der Eingliederungshilfe kein Schulgeld mehr. Vor diesem Hintergrund hat der Freistaat Bayern als Übergangsregelung die Schulgeldzahlung der Träger der Eingliederungshilfe im Wege einer freiwilligen Leistung übernommen. Wir haben dann Vorschläge erarbeitet und sind auch in der Diskussion mit den Verbänden. Aus dieser Diskussion hat sich ergeben, dass noch weiterer Gesprächsbedarf besteht, wie wir eine verbesserte Förderung der privaten Förderschulen gewährleisten können, und zwar so, dass diese dauerhaft auf Schulgeld verzichten können. Nachdem wir diesen Dialogbedarf noch haben, gibt es in diesem Gesetzentwurf noch keinen Vorschlag. Wir sind im Gespräch mit allen Verbänden. Die Übergangslösung



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/4984 03.12.2014

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/3592

Konkretisierung der Planungen für einen Wissenschafts- und **Hochschulstandort "Auf AEG"**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Verena Osgyan Berichterstatterin: Mitberichterstatter: Michael Brückner

II. Bericht:

- 1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 22. Sitzung am 3. Dezember 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

11.02.2015 Drucksache 17/5280

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/3592, 17/4984

Konkretisierung der Planungen für einen Wissenschafts- und Hochschulstandort "Auf AEG"

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 4)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den Verfassungsstreitigkeiten und den Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 4)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 10)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 31. Juli 2014 1 BvR 1782/09, 1 BvR 2795/09, 1 BvR 3187/10 betreffend Verfassungsbeschwerden gegen

Art. 33 Abs. 2 Satz 2 und 3 sowie Art. 38 Abs. 3 des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (BayPAG) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes vom 3. Juli 2008 (Bay. GVBI S. 365) gegen

- § 22a des Polizeigesetzes (PolG) des Landes Baden-Württemberg, eingeführt durch Gesetz vom 18. November 2008 (GBI. BW S. 390) gegen
- § 14a des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBI. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBI. I S. 635),
- § 22 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBI. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBI. I S. 635) PII/G-1320.10-0008

Drs. 17/5155 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. November 2014 (VF. 14-VII-14) betreffend

Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 82 Abs. 1 bis 5 und des Art. 83 Abs. 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBI S. 588, BayRS 2132-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 17. November 2014 (GVBI S. 478) PII/G-1310.14-0012

Drs. 17/5156 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	Α

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Dezember 2014 (Vf. 16-VII-14) betreffend

Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 "An der Münchner Straße"der Gemeinde Gmund am Tegernsee vom 20. Mai 2014

P II/G1310.14-0014 Drs. 17/5157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. Dezember 2014 (Vf. 17-VII-14) betreffend

Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 30 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen (Bayerisches Hochschulpersonalgesetz – BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBI S. 230, BayRS 2030-1-2-K), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 60 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBI S. 286), soweit diese Vorschrift auf Art. 27 Abs. 1 Satz Nr. 2 BayHSchPG verweist

P II/G1310.14-0015 Drs. 17/5159 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ökolandbau an bayerischen Justizvollzugsanstalten Drs. 17/3205, 17/5091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ermittlungsverfahren gegen LKA-Beamte und BR-Reporter Drs. 17/3208, 17/5092 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Konkretisierung der Planungen für einen Wissenschaftsund Hochschulstandort "Auf AEG" Drs. 17/3592, 17/4984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Landesweite Abfrage des Vorhandenseins von Seniorenvertretungen Drs. 17/3824, 17/5087 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berglandschaft – Schutz durch Nutzung: Investitionsförderung mit
Berücksichtigung naturräumlicher Benachteiligungen
Drs. 17/3978, 17/5132 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Α

 Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Judith Gerlach u.a. CSU Konkretisierung der zuschussfähigen Kosten für Kinderhospize Drs. 17/4201, 17/5093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sanierung der Philharmonie oder eigener Konzertsaal? Drs. 17/4203, 17/4985 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Kinderbetreuungskosten während des G7-Gipfels bei Urlaubssperren Drs. 17/4315, 17/5086 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Ablagerung von Bauschutt im Bergwald bei Schliersee Drs. 17/4318, 17/5127 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. SPD Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit Beteiligung der Parlamente der Länder Drs. 17/4320, 17/4994 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Hofabgabeklausel reformieren-Benachteiligungen für Landwirtinnen und Landwirte endlich beseitigen Drs. 17/4350, 17/5131 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Reisprodukte sicherer machen Drs. 17/4398, 17/5129 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Joachim Unterländer u.a. CSU Probleme in der Pflege beheben – Best-Practice-Beispiele für die Entbürokratisierung der Pflegedokumentation darstellen Drs. 17/4399, 17/5094 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU Barrierefreiheit für Menschen mit Hörbehinderung – Ausstattung von Veranstaltungsräumen mit Induktionsanlagen Drs. 17/4432, 17/4986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Gebietsbetreuung fortführen Drs. 17/4443, 17/5130 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU) Verbesserung der Studienerfolgsquote Drs. 17/4478, 17/4987 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			1Z 1E

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen.